

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/01/2015

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 26.01.2015,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Christian Conring
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Rafael Haase
Herr Jörg Hansen
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Herr Dustin Holzmann
Herr Tobias Koch
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Frau Marleen Möller
Frau Sybille Ott
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Herr Achim Reuber
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Herr Michael Stukenberg
Frau Doris Unger
Herr Olaf Waskow

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke

Kinder- u. Jugendbeirat bis TOP
10

Herr Angelius Krause

Behindertenbeirat bis TOP 10

Herr Christof Schneider

Seniorenbeirat bis TOP 10

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Herr Thomas Reich

Herr Horst Kienel

Frau Meike Niemann

Herr Ulrich Kewersun

Herr Mathias Horsch

Veranstaltungstechniker

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2014 vom 15.12.2014
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht 1/2015
 - 6.2.2. Vorlagen des Bürgermeisters für die Stadtverordnetenversammlung
7. Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015 **2014/133/1**
- 7.1. Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015 **2014/133/2**
8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 **2014/086/1**
9. Zahlung von Schulkostenbeiträge 2014 **2014/151**
- Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 95 d GO
10. Bau der Kindertagesstätte Erlenhof **2015/011**
- Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung nach § 95 d GO in Höhe von 65.000 €

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Sigrid Steinweg erklärt, dass im Rahmen der Verlegung von Leitungen keine ausreichende Verdichtung erfolgt sei und überreicht entsprechende Fotos.

Herr Jürgen Krüger bedankt sich bei der Verwaltung für die Mitteilung des Sachstands Moorwanderweg vor der Stadtverordnetenversammlung. Der diesjährige Lümmellauf war ein äußerst zufriedenstellendes Ereignis. Der Moorwanderweg habe sich im Laufe des letzten Jahres nicht verschlechtert.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Wilde berichtet, dass zum Tagesordnungspunkt 7 „Erlass der Haushaltssatzung 2015 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2015“ eine neue Vorlage Nr. 2014/133/2 mit der Empfehlung des Hauptausschusses für die Stadtverordnetenversammlung vorliegt.

Zum Tagesordnungspunkt 8 „Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015“ wurde eine neue Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung Nr. 2014/086/1 erarbeitet. Eine 3. Änderungsliste ist Anlage der Vorlage Nr. 2014/086/1.

Zum Tagesordnungspunkt 11 „Vertragsangelegenheit“ wurde gemäß der Empfehlung des Hauptausschusses eine neue Vorlage Nr. 2014/134/1 für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet.

Bürgermeister Sarach beantragt auf der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, im Wege der Dringlichkeit die Angelegenheit „Bau der Kita Erlenhof – Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 95 d GO“ Vorlage Nr. 2015/011 zu behandeln. Zur Finanzierung der bereits gestellten Rechnungen „Abrechnung Bau der Kita Erlenhof“ werden überplanmäßig 65.000 € im Jahr 2014 benötigt, die grundsätzlich erst im Jahr 2015 vorgesehen waren mit der Folge der Verminderung des Investitionsbedarfs in gleicher Höhe im Jahr 2015.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Antrag auf Dringlichkeit mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten gem. § 34 Abs. 4 letzter Satz der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 10 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Bürgermeister Wilde schlägt vor, die Vorlage Nr. 2015/011 „Bau der Kita Erlenhof – Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 95 d GO“ in Höhe von 65.000 € als neuen Tagesordnungspunkt 10 zu behandeln.

Die Stadtverordneten stimmen der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Vertragsangelegenheit“, Vorlagen-Nr. 2014/134/1, in nicht öffentlicher Sitzung gem. § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung mit der Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anschließend stimmen die Stadtverordneten der mit Einladung vom 14.01.2015 versandten Tagesordnung mit wie vor genannten Änderungen mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2014 vom 15.12.2014

Die Ausführungen in der Niederschrift zum Tagesordnungspunkt 11 „Vorhabenbezogener B-Plan Nr. 94 für das Grundstück Lindenhof“, Vorlagen-Nr. 2014/130 Abs. 8 letzter Satz werden wie folgt geändert:

„Im Rahmen des Architektenwettbewerbs habe es nicht die Möglichkeit gegeben, sich für keinen Vorschlag entscheiden zu können, zumal sämtliche Vorschläge nicht die notwendige Anzahl an Parkplätzen vorweisen konnten.“

Keine weiteren Einwendungen.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

Eine tabellarische Aufstellung wird nicht erneut beigefügt, da sich seit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung keine Änderungen zum Beschlussstand ergeben haben.

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht 1/2015

Der Finanzbericht Nr. 1/2015 (**siehe Anlage**) wird vom Bürgermeister zur Kenntnis gegeben.

6.2.2. Vorlagen des Bürgermeisters für die Stadtverordnetenversammlung

Auf Eingabe des Stadtverordneten Koch wurde vom Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein der Aufbau von Vorlagen des Bürgermeisters bezüglich des Verfahrens zur Darstellung von Beschlussempfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung überprüft und deren Rechtmäßigkeit bestätigt.

Sollte von der Selbstverwaltung grundsätzlich ein anderer Aufbau von Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung gewünscht werden, besteht die Möglichkeit der Beratung im Ältestenrat.

2014/133/1

7. Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015

2014/133/2

Erlass der Haushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2015

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Schmick hält den Sachvortrag. Der Hauptausschuss hat der Stadtverordnetenversammlung in seiner Sitzung am 19.01.2015 mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung empfohlen, dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2014/133/1 mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion, dass die Stelle Nr. 57/100, Stellenplan-Nr. 17, einen kw-Vermerk erhält, zuzustimmen. Die Empfehlung des Hauptausschusses wurde in die Vorlagen-Nr. 2014/133/2 eingearbeitet.

Stadtverordneter Levenhagen erklärt, dass einerseits im Rathaus ausreichend Personal bereit zu stellen sei, um Anliegen von Bürgerinnen und Bürger qualitativ und zeitnah zu bearbeiten; andererseits jedoch kein Überhang an Personal mit der Folge von überhöhten Personalkosten vorhanden sein sollte. Der Bereitstellung der Stelle Nr. 85/2014 für das Fachgebiet „Bearbeitung von Wohnungsangelegenheiten, Aufgaben nach dem Sozialgesetzbuch XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz“ wird die CDU-Fraktion aufgrund der erhöhten Anzahl von Asylbewerbern in den kommenden Jahren zustimmen. Durch die neue Stelle Stadtplanung, der die CDU-Fraktion ebenfalls zustimmen wird, soll eine zeitnahe und qualitativ gute Bearbeitung der Anliegen von Bürgern und Bürgerinnen erreicht werden, eine geringere Vergabe von externen Aufträgen und damit wiederum Einsparung eines Teils der Kosten im Haushalt für die Beauftragung Externer. Auch der Bereitstellung der Stellen in den Kitas stimmt die CDU-Fraktion zu mit dem Ziel, den Kindern eine qualitative hochwertige Betreuung zukommen zu lassen.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass diese dem vorgelegten Stellenplan nicht zustimmen wird. Er weist insbesondere auf die Besetzung der Stelle des Stadtmarketings mit der Erforderlichkeit einer speziellen Qualifikation und der Bedeutung der Stelle für Ahrensburg hin. Er plädiert für eine Befristung der Stadtplanerstelle auf 2 Jahre mit der Möglichkeit der Entfristung nach diesem Zeitraum und verweist auf die in der Vergangenheit getätigten guten Erfahrungen.

Stadtverordneter Hansen erklärt, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Stellenplan entsprechend der Vorlage Nr. 2014/133/2 zustimmen werden. Nach den Erfahrungen in der Vergangenheit habe eine Befristung der Stelle auch dazu geführt, dass ein guter Stadtplaner die Stadt verlassen habe. Eine unbefristete Stelle sei Voraussetzung für die Bewerbung von qualifizierten Bewerbern/Bewerberinnen.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordneten Levenhagen, Stadtverordneten Reuber, Stadtverordneten Koch und Bürgermeister Sarach.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass die WAB-Fraktion dem Stellenplan zustimmen wird, um auch eine zeitnahe Bearbeitung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 133/2 wie folgt zu:

Abstimmungsergebnis:

**28 dafür
2 dagegen**

8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

2014/086/1

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Conring hält den Sachvortrag und bezieht sich auf die aktualisierte Vorlage Nr. 2014/086/1 mit dem Vorschlag der Verwaltung einer Neuverschuldung von 2 Mio. € bei einem Investitionsmittelvolumen von insgesamt 13,34 Mio. € und einem Finanzmittelfehlbedarf von 5,764 Mio. €. Wesentliche Investitionsvorhaben für das Jahr 2015 seien der Neubau des Pavillons der Grundschule Am Schloß/2. BA mit 2,06 Mio. €, Bereitstellung von Unterkünften für Asylbewerber mit einem Investitionsvolumen von 1,5 Mio. €, der Ausbau des Pionierweges in Höhe von ca. 0,45 Mio. €, die Erschließung des B-Planes Nr. 88 mit Kosten in Höhe von 2,5 Mio. €, Sanierung des Parkhauses Alter Lokschuppen mit einem städtischen Eigenanteil von 0,905 Mio. €, Barrierefreiheit der U-Bahnhöfe Ahrensburg West und Ost mit Kosten in Höhe von 335.000 €, Neubau der Brücke Moorwanderweg und ab 2016 Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“. Der Finanzausschuss hat empfohlen, der Beschlussvorlage Nr. 2014/086/1 mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion, dass auf eine neue Kreditaufnahme von 2 Mio. € verzichtet wird, zuzustimmen. Für die Anträge der WAB-Fraktion AN/004/2015 und AN/005/2015 hat es keine Mehrheit in der Sitzung des Finanzausschusses am 26.01.2015 gegeben.

Stadtverordneter Conring erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass der erste Entwurf des Ergebnishaushalts 2015 ein Haushaltsdefizit von ca. 600.000 € mit einer Neuverschuldung von 7,2 Mio. € beinhaltet habe, der nach 4 maßvollen Jahren die Stadt Ahrensburg wieder zu Schulden von insgesamt 30 Mio. € geführt hätte. Nach Beratung in den Ausschusssitzungen sei aus dem Defizit ein Überschuss von ca. 46.000 € geworden und die Kreditaufnahme habe sich von ca. 7,2 Mio. € auf ca. 2 Mio. € reduziert. Von der CDU-Fraktion werde die Grund- und Gewerbesteuererhöhung abgelehnt und beantragt auf eine Neukreditaufnahme von 2 Mio. € zu verzichten. Der im Finanzhaushalt ausgewiesene Finanzmittelfehlbedarf von 5,764 Mio. € werde zum großen Teil aus vorhandener Liquidität gedeckt, die die Verwaltung mit 4,5 Mio. € schätzt. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, dass die tatsächlich vorhandene Liquidität höher sei als aus den Schätzungen zu erwarten war. Außerdem sei bereits der Vorlage zu entnehmen, dass eine vollständige Umsetzung aller investiven Maßnahmen in 2015 nicht sicher sei. Liquiditätsspitzen könnten zudem über Kassenkredite kurzfristig ausgeglichen werden. Da die Kreditaufnahme nur die „Ultimaratio“ sein könne, sollte diese auch erst dann im Wege eines Nachtragshaushalts geprüft werden, wenn sie unausweichlich sei. Stadtverordneter Conring beantragt deshalb im Namen der CDU-Fraktion, die Vorlage Nr. 2014/086/1 – Fassung vom 23.01.2015 – mit der Änderung zu beschließen, dass auf eine Neukreditaufnahme von 2 Mio. € verzichtet wird. Der erfolgreiche Weg des Schuldenabbaus sollte konsequent fortgesetzt werden.

Stadtverordneter Möller weist im Namen der SPD-Fraktion darauf hin, dass zwar der Haushaltsentwurf im Ergebnishaushalt gerade so ausgeglichen sei, jedoch im Finanz- und Investitionshaushalt ein Fehlbetrag von 5,764 Mio. € bestehe – auch bedingt durch die Folgekosten von bereits begonnenen Investitionen – z. B. die Fortsetzung des Neubaus des Pavillons der Grundschule Am Schloß, Ersatz- und Erweiterungsbau an der Grundschule Am Reesenbüttel, Erweiterung Beimoor-Süd, Straßenbaumaßnahmen, Sanierung der P + R-Anlage Alter Lokschuppen, Bau von Flüchtlingsunterkünften etc. Die Projekte seien notwendig und dringend. Im Haushalt 2015 sind insgesamt Ausgaben für Baumaßnahmen in Höhe von 11,167 Mio. € enthalten. Die SPD-Fraktion bezweifelt, dass die Projekte in den kommenden Jahren aus den laufenden Ausgaben abgezweigt bzw. aus den Einnahmen der Stadt bestritten werden können und hält deshalb Steuererhöhungen für unvermeidbar. Bei den Ausgaben handele es sich nur zu einem geringen Teil um Selbstverwaltungsaufgaben, auf die die Politik Einfluss nehmen könne. In Ahrensburg beträgt der Hebesatz für die Grund- und Gewerbesteuer zurzeit 350 %. In Reinbek betrage der Hebesatz 370 % für beides, in Norderstedt liege der Hebesatz bei 410 % für Grundsteuer und 420 % für die Gewerbesteuer und in Pinneberg für beide bei 400 %. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Hebesatz der Gewerbesteuer für das Jahr 2015 auf 370 % und den Hebesatz der Grundsteuer für das Jahr 2015 auf 390 % anzuheben.

Stadtverordneter Egan erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass der vorliegende Haushaltsentwurf für die Jahre 2015 bis 2018 Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen in Höhe von 11,4 Mio. € vorsehe, die wegen fehlender Eigenmittel im Wesentlichen durch Kredite finanziert werden sollen. Damit sei die Stadt wirtschaftlich überfordert und die zukünftige finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt werde zu stark eingeschränkt. Aus diesem Grund schlägt die WAB-Fraktion vor, ausschließlich technisch-wirtschaftlich oder rechtlich unabweisbare Projekte mit Verpflichtungsermächtigungen abzusichern. Sowohl der Erweiterungsbau der Grundschule Am Reesenbüttel als auch der Ausbau des Spechtweges seien wichtige Projekte. Es scheine jedoch in Anbetracht der sehr schwierigen Finanzlage der Stadt zumutbar, diese Projekte um ein Jahr zu verschieben. Die finanziellen Möglichkeiten der Stadt würden bei jährlichen Nettoinvestitionen von ca. 2 Mio. € liegen. Zu klären sei, ob die Haushaltspolitik der letzten Jahre mit der Vermeidung von Krediten weitergeführt oder ob ohne Rücksicht auf finanzielle Möglichkeiten investiert und damit die Stadt eine enorme Verschuldung eingehen solle. Er plädiert dafür, die Stadt in den nächsten 10 Jahren maßvoll zu modernisieren, es könne jedoch nicht in kürzester Zeit gut gemacht werden, was in den letzten 30 Jahren versäumt worden sei. In zahlreichen Ausschusssitzungen habe die Selbstverwaltung es geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt – jedoch auch durch die Veräußerung von Grundstücken – zu erreichen. Er appelliert an die Verwaltung und Selbstverwaltung, im Jahr 2015 die Effizienz der Verwaltung zu verbessern. Die WAB-Fraktion wird dem Antrag der CDU-Fraktion über den Verzicht auf eine Neukreditaufnahme von 2 Mio. € zustimmen.

Stadtverordneter Langbehn stimmt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dem Haushaltsentwurf 2015 entsprechend der Vorlage Nr. 2014/086/1 zu. Voraussetzung sei, dass den Anträgen der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer sowie den Anträgen der WAB-Fraktion auf Verschiebung der Maßnahmen nicht zugestimmt werde. Die Verschiebung von Projekten führe zu keiner Kostenersparnis.

Stadtverordneter Bellizzi wird im Namen der FDP-Fraktion den Haushalt ablehnen, da insbesondere in den Jahren 2016 bis 2018 sich die Schulden für die Stadt Ahrensburg mit dem Eingehen der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 11 Mio. € verdoppeln würden. Tatsächlich sei die Zukunftsperspektive ab dem Jahr 2016 katastrophal. Durch eine Verschiebung der Maßnahmen, wie von der WAB-Fraktion beantragt, würden keine Mittel eingespart werden. Die effektive und effiziente Aufgabenerledigung innerhalb der Verwaltung sollte überprüft werden, beispielsweise mit der Einführung des E-Gouvernements und einer erforderlichen Aufgabenkritik. Die Einsparpotenziale würden nicht ausreichend genutzt werden. Er plädiert dafür, den Haushaltsentwurf 2015 komplett zu überarbeiten.

Stadtverordneter Reuber erklärt, dass die Stadt Ahrensburg wichtige Maßnahmen zum Ausbau und Erhalt der Infrastruktur und andere für die Stadtentwicklung wichtige Projekte vor sich her schiebe. Aus diesem Grund habe die SPD-Fraktion vorgeschlagen, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung sehe er keine Gefährdung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Ahrensburg, da die Höhe der Gewerbesteuer für Unternehmen ein nachrangiges Kriterium sei. Entscheidend seien ortsnahe Wohnungen für die Mitarbeiter und ausreichende Ausweisung von Gewerbeflächen mit einer guten Infrastruktur.

Stadtverordneter Conring erklärt, dass in den vergangenen Jahren die Einnahmen - ausgenommen die Gewerbesteuer – gestiegen seien. In den letzten Jahren seien Gewerbesteuerzahler der Stadt Ahrensburg nach Oststeinbek mit einem Hebesatz bei der Grundsteuer B in Höhe 295 % und Gewerbesteuer von 275 % und nach Siek/Braak mit einem Hebesatz der Grundsteuer B von 260 % und einer Gewerbesteuer von 310 % abgewandert. Die Verschuldung auf kommunaler Ebene mit Ausnahme der Stadtbetriebe, jedoch inklusive der PPP-Verpflichtungen hätte 2010 über 30 Mio. € und Ende 2014 lediglich 24,9 Mio. € betragen.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Schubbert-von Hobe, Schmick, Egan und Bürgermeister Sarach.

Stadtverordneter Stukenberg plädiert dafür, auch in den Folgejahren einen ausgeglichen Ergebnishaushalt zu präsentieren. Sofern Kredite benötigt werden, sollte der Haushalt dies auch hergeben.

Stadtverordnete Schmick beantragt Ende der Rednerliste. Dem Antrag auf Ende der Rednerliste wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Stadtverordneter Koch erklärt unter Hinweis der bereits erfolgten Veröffentlichung in der Presse, dass bei Vertragsabschluss im Gewerbegebiet Beimoor-Süd, Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7,84 Mio. €, die für die Erschließung der Erweiterung des Gewerbegebietes im Finanzplan eingeplant seien, entfallen und somit zu einer wesentlichen Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen führen würde mit der Möglichkeit, auch weitere wichtige Investitionen vorzuziehen.

Anschließend wird über nachfolgende Anträge abgestimmt:

AN/087/2014 – Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2015

Die SPD-Fraktion beantragt, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Hebesatz der Gewerbesteuer für das Jahr 2015 auf 370 % anzuheben.

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
	22 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

AN/088/2014 – Antrag der SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2015

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Hebesatz der Grundsteuer für das Jahr 2015 auf 390 % anzuheben.

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
	22 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Antrag der WAB-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2015 bis 2018

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die Investition 21105.0900000 Grundschule Am Reesenbüttel, Ersatz- und Erweiterungsbau, um ein Jahr zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:	4 dafür
	26 dagegen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Antrag der WAB-Fraktion AN/005/2015

Die WAB-Fraktion beantragt, die Investition 54100.0900001, Projekt 221: Ausbau des Spechtweges, um ein Jahr zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:	4 dafür
	25 dagegen
	1 Enthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2015, Vorlagen-Nr. 2014/086/1

Die Stadtverordnetenversammlung möge die Vorlage Nr. 2014/086/1 – Fassung vom 23.01.2015 – mit der Änderung beschließen, dass auf eine Neukreditaufnahme von 2 Mio. € verzichtet wird.

Abstimmungsergebnis:	14 dafür
	12 dagegen
	4 Enthaltungen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2014/086/1 mit dem wie vor genannten Änderungsantrag der CDU-Fraktion, dass auf eine Neukreditaufnahme von 2 Mio. € verzichtet wird, wie folgt zu:

Abstimmungsergebnis:	24 dafür
	3 dagegen
	3 Enthaltungen

9. Zahlung von Schulkostenbeiträge 2014
- Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 95 d GO

Den Sachvortrag hält der Vorsitzende des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses und Stadtverordneter Schubbert-von Hobe.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

**10. Bau der Kindertagesstätte Erlenhof
- Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung nach § 95 d GO in
Höhe von 65.000 €**

Stadtverordnete und Vorsitzende des Sozialausschusses Frau Brandt hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin